**Artikel von Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, der am 14. Mai 2019 in der Zeitung „Politico Europe" mit dem Titel „Lasst uns die EU-Mitgliedschaft der Türkei wieder auf Kurs bringen“ veröffentlicht wurde**

*(Die inoffizielle Übersetzung des originalen englischen Artikels)*

Vor rund 30 Jahren, anlässlich des formellen Beitrittsantrags der Türkei bei der EU, verglich der damalige Ministerpräsident Turgut Özal den Beitrittsprozess zur Gemeinschaft mit „einem langen und schmalen Weg“, wobei er sich auf einen berühmten Vers des Volksdichters Aşık Veysel bezog. Die Zeit hat gezeigt, dass der Weg tatsächlich nicht nur lang und schmal, sondern auch holprig gewesen ist.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU wurden in den 1980er Jahren durch die Folgen des Militärputsches, in den 1990er Jahren durch den Ausschluss der Türkei aus der fünften Erweiterungswelle der EU und zuletzt 2016 durch den Putschversuch vom 15. Juli überschattet. Doch jedes Mal zeigte sich die Beziehung widerstandsfähig gegen Unterbrechungen und fand einen Ausweg. Heute befinden wir uns in einer ähnlich aussichtslosen Situation. Doch auch diesmal habe ich keinen Zweifel daran, dass es uns gelingen wird, mit unseren europäischen Freunden übereinzukommen, den EU-Prozess der Türkei wieder auf Kurs zu bringen.

Dafür habe ich drei gute Gründe. Erstens sind wir dabei, die schwierigen Zeiten nach dem Putschversuch in 2016 hinter uns zu lassen. Als Gründungsmitglied des Europarates hat die Türkei ihre Maßnahmen nach dem Putsch im Einklang mit der Rechtsstaatlichkeit und internationalen Normen durchgeführt. Diejenigen, die die Türkei zu den ergriffenen Maßnahmen kritisierten, übersahen, dass es sich hierbei nicht um eine einfache politische Angelegenheit, sondern um eine existenzielle Frage für die türkische Demokratie handelt. Auch verstehen sie nicht wirklich das Trauma, das der Versuch verursacht hat.

Der EU-Prozess steht eindeutig ganz oben auf der Agenda unserer Regierung. Wir haben den Ausnahmezustand im Juli 2018 beendet. Nach zweieinhalb Jahren Pause haben wir die aus wichtigen Ministern bestehende Reform-Aktionsgruppe wieder einberufen, um die politischen Reformen zu verjüngen.

Unterdessen hat der Übergang zum präsidialen Regierungssystem zu einer schnelleren Entscheidungsfindung und weniger Bürokratie geführt, wodurch die Reformen beschleunigt werden konnten. Der von Präsident Recep Tayyip Erdoğan angekündigte „100-Tage-Aktionsplan“ enthält Maßnahmen zu Kapitel 23 der Beitrittsverhandlungen über Justiz und Grundrechte sowie Kapitel 24 über Justiz, Freiheit und Sicherheit.

Trotz aller Herausforderungen, ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit in einer der instabilsten Regionen der Welt zu schaffen, hat die Türkei unermüdlich versucht, ihre Demokratie zu festigen, da der türkischen Nation hierbei die höchsten Standards zustehen. Zu diesem Zweck hat die Türkei in den letzten zehn Jahren mehr als 2.000 Rechtsvorschriften im Einklang mit dem EU-Besitzstand verabschiedet - trotz der Geißel des Terrors, schwerer Lasten durch irreguläre Migration und eines blutigen Putschversuchs.

Ich finde es ironisch, dass die EU sich weigert, die Verhandlungen über Kapitel zu eröffnen, in denen sie die Türkei am meisten kritisiert, obwohl wir bei unserer Offenheit für konstruktive Kritik immer aufrichtig sind.

Zweitens liefert der aktuelle internationale Rahmen starke Motive für ein engeres Bündnis. Die Grundlagen der Nachkriegsordnung wackeln. Durchsetzungsstarker Unilateralismus ersetzt regelbasierten Multilateralismus und destabilisierende Entwicklungen in zahlreichen Bereichen -einschließlich Regionalpolitik, Handel, Umwelt und Sicherheit- schaden den Interessen der EU und der Türkei gleichermaßen.

In diesen schwierigen Zeiten haben die EU und die Türkei gemeinsame Standpunkte zu kritischen Fragen wie der Palästina-Frage und dem Atomabkommen mit dem Iran. Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre Unterstützung für die beträchtlichen diplomatischen Bemühungen der Türkei zum Ausdruck gebracht, insbesondere für den Schutz der Zivilbevölkerung in Syrien. Angesichts zunehmender Volatilitäten haben die Türkei und die EU viel Arbeit für die Sicherheit und Stabilität unseres Kontinents und darüber hinaus zu leisten.

Schließlich ist die EU auf die Türkei genauso angewiesen wie die Türkei auf die EU. In seinem Weißbuch über die Zukunft Europas nannte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Sicherheitsbedrohungen, irreguläre Migration, schwindende Soft Power und alternde Gesellschaften als zentrale Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss. Zu jedem dieser Punkte leistet die Türkei bereits bedeutende Beiträge für die EU.

Durch die Aufnahme von mehr als 4 Millionen Flüchtlingen und die Einstellung des Zustroms von Tausenden über das Ägäische Meer hat die Türkei eine schwere humanitäre Krise in Europa verhindert. Noch heute hält der Druck an. Aufgrund der anhaltenden Unruhen in ihren Heimatländern setzen Asylbewerber weiterhin ihr Leben aufs Spiel.

Im Kampf gegen den Terrorismus ist die Türkei das führende Land unter den Koalitionsmitgliedern, die Daesh vor Ort bekämpfen. Auch öffnet sie ihren Koalitionspartnern weiterhin ihre Luftstützpunkte und ihren Luftraum.

Das türkische Finanzsystem und der Bankensektor dagegen sind widerstandsfähig genug gewesen, spekulativen Währungsangriffen zu begegnen. In 2018 verzeichnete die Türkei trotz aller Rückschläge ein Wachstum von 2,6 Prozent. Wir verfügen über die jüngste Gesellschaft und die beste Dienstleistungsbranche in Europa. Diese Liste kann beliebig erweitert werden, aber im Zusammenhang mit Brexit ist es recht einfach zu erkennen, wie die Türkei eine große Lücke innerhalb der EU schließt.

Mit dem EU-Beitritt wird die Türkei in einer Vielzahl von Bereichen wie Sicherheit, Migration, wirtschaftliche Dynamik, Soft Power, soziale Sicherheit und Energiesicherheit einen wesentlichen Beitrag zur Gemeinschaft leisten. Doch ohne eine strukturierte Beziehung und einen leistungsorientierten Beitrittskurs steht die Beziehung möglicherweise auf der Kippe.

Ich möchte meine Kollegen in Brüssel und in den Hauptstädten der EU aufrufen, zum Geist der Tagung des Europäischen Rates von Helsinki 1999 zurückzukehren, bei der die Türkei offizieller Kandidat und die EU zu einem wichtigen Anker wurde. In erster Linie sollten wir die Beitrittsverhandlungen wieder aufnehmen, da sie das Rückgrat unserer Beziehungen bilden.

Auch sollten wir -zugunsten aller- die Verhandlungen zum Ausbau der Zollunion aufnehmen. Nach Erfüllung der verbleibenden sechs Kriterien, die im Dialog zur Visa-Liberalisierung festgelegt wurden, sollte türkischen Bürgern visafreies Reisen gewährt werden. Dieser Schritt würde nicht nur zu Wirtschaft und Beschäftigung beitragen, sondern auch den Dialog zwischen den Menschen fördern.

Der jüngste Beschluss des Hohen Wahlrats, die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 31. März in Istanbul zu annullieren, ist eine endgültige gerichtliche Entscheidung eines unabhängigen Gremiums, das für seine bisherige fachliche Arbeit von europäischen Überwachungsmechanismen gelobt wurde.

Der Rat hat diesen Beschluss in erster Linie über die rechtswidrige Besetzung bestimmter Wahllokale gefasst. Die Wiederholung ist nun für den 23. Juni geplant. Die Türkei ist stolz auf ihre Erfolge bei der Durchführung freier und fairer Wahlen, und wir werden zweifellos alles daran setzen, die Wiederholung nach den höchsten internationalen Standards durchzuführen.

Nach dieser letzten Wahl werden wir eine wahlfreie Periode von rund vier Jahren haben. Ebenso wird es nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai eine neue Amtszeit von fünf Jahren für die Führung der EU geben. Diese Gelegenheit lassen wir nicht ungenutzt verstreichen.

Man darf nicht vergessen, dass sich die Türkei gleichzeitig mit einem Putschversuch, Terrororganisationen und einem Zustrom von Flüchtlingen auseinandersetzen musste und auch weiterhin damit konfrontiert ist. Unter normalen Umständen reicht einer dieser Faktoren aus, um eine Nation zu erschüttern. Die Türkei hat jedoch alles erfahren und ist standhaft geblieben. Alles, was sie will, ist ein wenig Verständnis und Solidarität angesichts dieser Tatsache.

Wichtige Wendepunkte in der jüngsten Geschichte -darunter die Anschläge vom 11. September in den Vereinigten Staaten, der arabische Frühling, die Weltwirtschaftskrise und Flüchtlingskrise- haben wiederholt die strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU unter Beweis gestellt. Darüber hinaus haben wirtschaftliche, politische, sicherheits- und identitätsbezogene Fragen gezeigt, dass die Türkei mehr als ein strategischer Partner der EU ist.

Ich bin der Ansicht, dass -wenn die Türkei bereits Mitglied wäre- wir besser und kompetenter gewesen wären, um die Herausforderungen der heutigen, sehr instabilen Weltordnung gemeinsam anzugehen. Lasst uns keine weiteren 30 Jahre warten.